



## Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2022

Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission  
vom 31. Mai 2023

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

### 1. Ausgangslage

Gemäss § 19 Abs. 2 und 4 GO KR (Geschäftsordnung des Kantonsrats vom 28. August 2014 BGS 141.1) prüft die erweiterte Justizprüfungskommission (erw. JPK) den Rechenschaftsbericht des Obergerichts und hat alle der Aufsicht des Obergerichts unterstellten kantonalen Behörden sowie den Strafvollzug im Rahmen der Oberaufsicht zu visitieren. Dabei ist der erw. JPK überlassen, in welcher Kadenz sie diese Visitationen vornimmt.

In diesem Jahr fiel die Wahl auf:

- Staatsanwaltschaft inkl. Jugendanwaltschaft (Ziff. 4)
- Strafgericht (Ziff. 5)
- Kantonsgericht (Ziff. 6)
- Friedensrichterämter Steinhausen und Cham (Ziff. 7)
- Betreibungsämter Risch, Hünenberg und Cham (Ziff. 8)
- Aufsichtsbehörde über die Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte (Ziff. 9)
- Anwaltsprüfungskommission (Ziff. 10)
- Obergericht (Ziff. 11)

Obwohl die Tätigkeit des Amtes für Justizvollzug nicht Gegenstand des Rechenschaftsberichts des Obergerichts ist, erlaubt sich die erw. JPK unter Ziff. 12 wiederum einige Bemerkungen dazu, da der Strafvollzug gemäss § 19 Abs. 2 GO KR nach wie vor unter ihre Visitationspflicht fällt.

### 2. Vorgehen

Die Visitationen fanden im Zeitraum vom 17. März bis 31. Mai 2023 statt. Vor den Visitationen wurde den genannten Behörden jeweils ein schriftlicher Fragenkatalog zur Vorbereitung zugestellt. Die Mitglieder der jeweiligen Delegation hatten vor Ort die Möglichkeit, zu den bereits erhaltenen Antworten ergänzende Fragen zu stellen. Dabei überprüfte die erw. JPK auch in diesem Jahr jeweils die Anzahl der eingegangenen, erledigten und noch pendenten Fälle per Ende Berichtsperiode und stellte Fragen zu Verfahrensdauer und allfälligen Bearbeitungslücken. Weiter erkundigte sich die erw. JPK nach der Arbeitsbelastung, Personalsituation und dem Arbeitsklima unter den Mitarbeitenden. Diskutiert wurde dieses Jahr auch die geplante Abspaltung des Zwangsmassnahmengerichts vom Strafgericht sowie die Organisation der Betreibungsämter im Sportelsystem. Schliesslich wurden auch Herausforderungen und Zukunftsprojekte besprochen.

An ihrer Sitzung vom 31. Mai 2023 hat die erw. JPK den Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2022 beraten und anschliessend genehmigt. Das Protokoll führte die Generalsekretärin der JPK, Bianca Bulgheroni.

### 3. Grundsätzliche Feststellungen

Die Zivil- und Strafrechtsjustizbehörden im Kanton Zug haben nach Abschluss der Pandemie wiederum den normalen Gerichtsbetrieb aufgenommen, auch wenn die Möglichkeit zur Leistung der Arbeit im Homeoffice weiterhin überall möglich ist. Der grösste Teil der Verfahren wird, trotz der teilweise sehr hohen Arbeitsbelastung, innert angemessener Frist bearbeitet, wenn auch in einzelnen Fällen Bearbeitungslücken vorliegen und vereinzelt aufgrund von Verfahrensverzögerungen Strafen gemildert werden mussten. Die Pendenzensituation liegt, trotz der immer umfangreicher und komplexer werdenden Fälle, in einem vertretbaren Rahmen. Das Arbeitsklima unter den Mitarbeitenden der visitierten Stellen wird grösstenteils als gut bis sehr gut bezeichnet. Nachfolgend berichtet die erw. JPK über die wesentlichen Feststellungen bei den einzelnen Behörden.

### 4. Staatsanwaltschaft (inkl. Jugendanwaltschaft)

Die Arbeitsbelastung bei der Staatsanwaltschaft ist nach wie vor hoch. Insbesondere wird ein Teil der Covid-Betrugsfälle in der I. Abteilung bearbeitet, welche mitunter einen beträchtlichen Untersuchungsaufwand nach sich ziehen und neben der Bearbeitung des regulären Tagesgeschäfts Kräfte binden. Die personelle Situation ist jedoch stabil. Es gab im Berichtsjahr einige Neueintritte bei der Staatsanwaltschaft, welche jedoch reibungslos verliefen. Oftmals beschränkte sich die Einarbeitung auf administrative und organisatorische Themen, da die Neueintritte bereits über ausgewiesene und einschlägige Strafrechtserfahrung aufwiesen. Auch der Neueintritt einer neuen Jugendstaatsanwältin verlief problemlos, zumal sie bereits in einem anderen Kanton als Jugendanwältin tätig war. Auch vollzog die II. Abteilung per 8. Juli 2022 einen Umzug an den Zählerweg 6. Nach anfänglichen Schwierigkeiten mit der Skype-Telefonie und der Integration in das bestehende Systems der Staatsanwaltschaft sowie der internen Post, hat sich der neue Bürostandort mittlerweile bewährt. Die Anfangsschwierigkeiten konnten behoben werden. Die Zufriedenheit der Mitarbeitenden mit der neuen Arbeitssituation am Zählerweg 6 ist gross und wird geschätzt. Das Arbeitsklima in der Staatsanwaltschaft wird als gut bis sehr gut beschrieben.

Die Jahresstatistik für das Berichtsjahr 2022 zeigt insgesamt einen Fallanstieg um 494 Strafverfahren (+ 5,6 %). In der I. Abteilung nahmen Eingänge um 135 Verfahren zu (+ 6,5 %), welche über dem Durchschnitt der letzten sechs Jahre (2016 – 2021; 1968 Verfahren) liegt. Trotz um 4,5 % gesteigerter Erledigungszahlen (von 2014 auf 2105) stiegen die Pendenzen von 775 auf 878 Verfahren an (+ 13,3 %). Auch in der III. Abteilung (SVG; Massengeschäft) gingen im Berichtsjahr – nach Corona – 500 Verfahren mehr ein (+ 8,7 %). In der II. Abteilung ist nach einer Spitzenbelastung im Jahr 2021 ein Rückgang der Verfahren um 44 zu verzeichnen und das eingeführte Pendenzenabbaukonzept zeitigte erste Resultate, indem die Pendenzen um rund 8 % (268 Verfahren) gesenkt werden konnten. In der IV. Abteilung wird ein Rückgang der Falleingänge um 97 Verfahren, einhergehend mit um 100 Verfahren tieferen Erledigungen verzeichnet. Die erhöhten Pendenzen (+ 16 Verfahren auf gesamthaft 103 Verfahren) liegen im statistischen Schwankungsbereich. Im Berichtsjahr verblieben insgesamt von ursprünglich 63 Untersuchungen noch 31 pendente Untersuchungen mit Eingang 2019 und früher (Stand 9. Mai 2023: noch 20 Verfahren pendent). Sämtliche Fallkomplexe werden aktiv bearbeitet soweit nicht entgegenstehende Beschwerde- und/oder Ausstandsverfahren vorliegen. Die Verfahren befinden sich in der Abschlussphase. Es erfolgt eine regelmässige Überprüfung der Zielvorgaben, verbunden mit einer engen Begleitung der Verfahren durch die Abteilungs- und Amtsleitung.

Wie schon in den Vorjahren, konnte auch im Berichtsjahr ein grosser Teil (5'043 von insgesamt 10'261) der Verfahren mittels Strafbefehl erledigt werden, wovon nur in 302 Fällen Einsprache

erhoben wurde. Im Vergleich zum Vorjahr gab es insgesamt 80 Anklagen beim Strafgericht in der Zuständigkeit des Einzelrichters (Vorjahr 2021: 58). In der Zuständigkeit des Kollegialgerichts wurde in 16 Fällen Anklage beim Strafgericht erhoben (Vorjahr 2021: 17).

Im Vergleich zum Vorjahr verdoppelte sich im Berichtsjahr die Einstellung von Administrativuntersuchungen (2022: 165; 2021: 65). Diese Zahl betrifft sie sogenannten aussergewöhnlichen Todesfälle. Der Anstieg ist aus medizinischer Sicht zu beurteilen, wobei die Gründe für die Zunahme vielschichtig sind, unter anderem als Grund eine deutliche Zunahme an EXIT-Suiziden angeführt wurde. Die Staatsanwaltschaft ist sich bewusst, dass bei den betroffenen Familien ein Ausrücken des Pikett-Staatsanwaltes bei den als aussergewöhnlich Todesfälle deklarierten Fällen oftmals sehr unbefriedigend sein kann. Die Leitung der Staatsanwaltschaft jedoch laufend daran sei, das Verfahren zu optimieren, wobei bereits ein Vergleich mit den verschiedenen Systemen der umliegenden Kantone gemacht wurde.

Es sind noch zwei Verfahren aus dem Jahr 2017 (= zwei beschuldigte Personen im gleichen Sachverhaltskomplex) in der II. Abteilung der Staatsanwaltschaft pendent. Die weitere Bearbeitung bzw. der Verfahrensabschluss bei der Staatsanwaltschaft wird indessen durch zahlreiche Beschwerden und Ausstandsbegehren blockiert. Hinzu kamen weitere Strafanzeigen, u.a. auch gegen die Verfahrensleiterin bei der Staatsanwaltschaft Zug. Ein a.o. Staatsanwalt hat diese Strafanzeige mit Nichtanhandnahmeverfügung erledigt, welche noch nicht rechtskräftig ist. In diesem Verfahrenskomplex wird grundsätzlich gegen fast alle Verfahrenshandlungen der Staatsanwaltschaft Beschwerde erhoben, was die zügige Bearbeitung stark beeinträchtigt.

Aus dem Jahr 2018 (Falleingang) sind Stand 9. Mai 2023 noch drei Verfahrensnummern (= 1 Fallkomplex) anhängig. Die erforderlichen Untersuchungshandlungen sind abgeschlossen (Befragung Zeuge) und das Verfahren kann – nach Eingang eines polizeilichen Berichts – voraussichtlich mittels Einstellungsverfügung erledigt werden. Grund für die Verzögerung war die lange Dauer des Gerichtsstandsverfahrens mit Entscheid des Bundesstrafgerichts vom 28. Mai 2020, welches den Kanton Zug zur Übernahme dieses Verfahrens verpflichtete, das lange dauernde polizeiliche Ermittlungsverfahren und eine grosse zeitliche Beanspruchung der Verfahrensleitung mit anderen, prioritär zu behandelnden Verfahren. Der Abschluss ist im August 2023 geplant.

Die JPK hat sich auch in diesem Jahr über den Stand der Vermögenseinziehung zu Gunsten des Kantons erkundigt. Von der Staatsanwaltschaft wurden Vermögenswerte von insgesamt CHF 476'910.64 eingezogen. Zu Gunsten des Kantons waren dies CHF 298'726.61 und zu Gunsten Dritter (Geschädigte) CHF 178'184.03. Im Berichtsjahr musste dem Bund (gestützt auf Art. 5 Abs. 1 lit. b bzw. Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Teilung eingezogener Vermögenswerte; TEVG, SR 312.4) kein Anteil entrichtet werden.

Drohungen und ungebührliches bzw. ehrverletzendes Verhalten von Verfahrensbeteiligten gegenüber von Mitarbeitenden der Staatsanwaltschaft gab es im Berichtsjahr keine. Im Bereich des Jugendstrafverfahrens besteht weiterhin die bereits in den Vorjahren erwähnte latente Gefährdung ausgehend von einem Beschuldigten, welche sich gegen den Leitenden Staatsanwalt/Jugendanwalt Rolf Meier richtet. Diesbezüglich wurde in Zusammenarbeit mit der Zuger Polizei ein entsprechendes Schutzkonzept erarbeitet.

Die bereits im Vorjahr erwähnte Digitalisierung wird die Staatsanwaltschaft mit der anstehenden Umsetzung des Programms Justitia 4.0 unter Federführung des Bundesgerichts, der oberen kantonalen Gerichte und der KKJPD in den nächsten Jahren beschäftigen bzw. zu einer Umstellung

der Geschäftsabläufe führen. Mit einer Umsetzung ist auf ca. 2026/7 zu rechnen. Die Herausforderung wird sein, dass die Staatsanwaltschaft die Arbeitsabläufe in die technische Grundgerüst einbauen kann. Bis dato sei das physische Dossier noch massgebend.

Mit dem zunehmenden Arbeitskräftemangel und den Ansprüchen der jüngeren Generation gilt es, die Arbeitsplatzattraktivität mit Modellen wie mobil-flexibler Arbeit und der Förderung von Weiterbildungen hoch zu halten, um die richtigen Mitarbeiter/innen rekrutieren zu können. Die Anzahl (brauchbarer) Bewerbungen auf ausgeschriebene Stellen, auch im kaufmännischen Bereich, hat sich gemäss der Staatsanwaltschaft bei den letzten Rekrutierungen stark reduziert.

Bei der Jugendanwaltschaft (IV. Abteilung) nahm die Anzahl neuer Falleingänge (2021: 743; 2022: 646) deutlich ab. Insgesamt konnte der Grossteil der Fälle (2022: 252; 2021: 319) mittels Strafbefehl erledigt werden. In 3 Fällen gab es eine Anklage beim Jugendgericht und 99 Fälle konnten formell eingestellt werden. Insgesamt konnten im Berichtsjahr 630 Fälle (Vorjahr 2021: 730) erledigt werden.

Der ansteigende Trend der Verzeigungen von Jugendlichen im Bereich Betäubungsmittelkonsum und -kleinhandel konnte laut Jugendanwaltschaft etwas gebrochen werden. Möglicherweise seien die rückläufigen Zahlen auch auf die Veränderung der Kontrolltätigkeit der Zuger Polizei zurückzuführen. Auffällig ist nämlich in diesem Zusammenhang die hohe Anzahl Betäubungsmittel-Anzeigen von ausserkantonalen Polizeikörpern im Vergleich der Verzeigungen der Zuger Polizei (bei Jugendstraftaten liegt die Zuständigkeit am Wohnort des Jugendlichen). Es sei nach wie vor von einer grossen Dunkelziffer auszugehen und es sei leider Realität, dass eine grosse Anzahl von regelmässigen Konsumenten zur Finanzierung ihres Konsums auch deale. In diesem Zusammenhang sei darauf hinzuweisen, dass es gerade bei Jugendlichen keineswegs um eine Kriminalisierung geht, sondern vielmehr um eine Früherfassung und entsprechende Korrektur ihres (ungesunden) Konsumverhaltens. Hervorragend und exemplarisch sei dabei die Zusammenarbeit im Rahmen des Netzwerkes Suchthilfe Zug. In den regelmässigen Zusammenkünften werden aktuelle Feststellungen und Daten zeitnah ausgetauscht und verglichen. So sei es möglich, Trends frühzeitig zu erkennen und diesen entgegen zu wirken. Gegen Ende 2021 wurde (erneut) ein vermehrter übermässiger Konsum von Alkohol unter den Jugendlichen festgestellt und es scheint, dass Cannabis nicht mehr so «en vogue» ist wie auch schon. Durch die kurzen Wege können solche Wellen schnell erkannt und ihnen entgegengetreten werden.

Positiv zu vermerken ist, dass die Tendenz der Zunahme von schwerer Delinquenz unter massivem Alkoholeinfluss gebrochen werden konnte. Diese ist dem konsequenten verfügen von Alkoholkonsumverboten und systematischen Kontrollen (Stichproben, der Jugendliche weiss nicht, wann er zur Kontrolle aufgeboten wird) durch den Dienst Jugenddelikte der Zuger Polizei zu verdanken. Daraus lässt sich schliessen, dass eine gradlinige, aber auch ressourcenintensive Intervention schnell Früchte trägt und so weiteres sozialschädliches Verhalten verhindert werden kann.

In ihrer täglichen Arbeit hat die Jugendanwaltschaft vor allem Berührungspunkte mit den Gerichten und der Polizei sowie mit der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, dem Amt für Gesundheit (hauptsächlich der Suchtberatung) und der Strafanstalt Zug. Die Zusammenarbeit ist entweder durch das Gesetz (Gerichtsverfahren, Strafanstalt) oder in Zusammenarbeitspapieren geregelt (z.B. KESB; Zuger Polizei, Dienst Jugenddelikte; Suchtberatung). Die Koordination und Kooperation funktioniere mehrheitlich problemlos. Weiterhin finden mit den engeren Partnern regelmässige Arbeitssitzungen statt, insbesondere mit dem Dienstchef Dienst Jugenddelikte und dem Präsidenten der KESB.

Das Arbeitsklima in der Jugendanwaltschaft wird als ausgezeichnet beschrieben. Das Klima sei geprägt von hoher Motivation und gegenseitiger Unterstützung.

Die Berichterstattung der Staatsanwaltschaft erfolgte, wie schon in den Vorjahren, sehr zukommend und transparent. Insgesamt konnte sich die Delegation der erw. JPK anlässlich der Visitation von einer gut funktionierenden Staatsanwaltschaft und einer kompetenten und engagierten Amtsführung überzeugen.

## **5. Strafgericht**

Die personelle Situation beim Strafgericht wird als sehr knapp beschrieben und vermag keine ausserordentlichen Umstände abzufedern. Auch im Berichtsjahr kam es zu längeren Arbeitsausfällen. Das im Jahr 2021 verunfallte ordentliche Mitglied des Strafgerichts war vom 04.04.2022 bis 31.05.2022 aufgrund einer Nachfolgeoperation im Zusammenhang mit dem Unfall erneut ganz oder teilweise arbeitsunfähig. Auch auf der Stufe der Gerichtsschreiber kam es zu einem Mutterschaftsurlaub und einer weiteren temporären Arbeitsunfähigkeit. Auch gab es auf Stufe des Sekretariats im Zeitraum 10.02.2022 bis 10.07.2022 diverse Verhinderungen. Trotz der erwähnten Arbeitsausfälle war die Betriebskontinuität auf allen Stufen gewährleistet. Erfreulich sei, dass - abgesehen von einer sich im Mutterschaftsurlaub befindlichen Gerichtsschreiberin - sämtliches Personal derzeit wieder zu 100% arbeitsfähig ist. Die unfallbedingte Arbeitsunfähigkeit des ordentlichen Mitgliedes sei in zeitlicher Hinsicht insgesamt geringer ausgefallen als der einjährige Einsatz des ausserordentlichen Ersatzmitgliedes (15.07.2021 bis 14.07.2022). Damit konnte das a.o. Mitglied im Jahre 2022 auch zur Entlastung des Gesamtgerichts eingesetzt werden, sodass ein Entlastungseffekt gemäss § 16 Abs. 1 lit. c GOG gegeben war und im Berichtsjahr die Erledigungszahl von Anklageverfahren deutlich gesteigert werden konnte (2022: 108; 2021: 82).

Das Arbeitsklima wird derzeit als gut beschrieben, wobei betont wurde, dass die aktuell hohe Pendenzenlast betriebsintern Sorgen bereite.

Trotz der im Berichtsjahr gesteigerten Erledigungszahl seien die per 31.12.2022 pendenten Anklageverfahren gegenüber dem Vorjahr um 9 auf insgesamt 89 Verfahren gestiegen. Der Grund hierfür sei in der hohen Anzahl der Neueingänge bei den Anklageverfahren (namentlich beim Einzelgericht) zu sehen, welche gegenüber dem Vorjahr deutlich zunahm (2022: 117; 2021: 90). Mit 117 neuen Anklageverfahren handle sich um den zweithöchsten Wert seit der Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells im Jahre 2008. Die Pendenzenlast bleibe damit hoch; ein nachhaltiger Abbau mit den bestehenden ordentlichen Ressourcen wird voraussichtlich nicht zu bewältigen sein. Dennoch konnte insgesamt angemerkt werden, dass die Fallstruktur positiv sei. Es sind also nicht alte Fälle, die noch beim Strafgericht hängig sind und zu keinem Abschluss finden. Die hohe Pendenzenlast ist Fakt, das Strafgericht hat aber keine „alte Leichen“ im Keller, was insgesamt als erfreulich zu werten sei.

Aktuell sei es noch zu keinen Verurteilungen wegen COVID-Betrugskrediten gekommen. In diesem Zusammenhang seien jedoch in jüngster Zeit Anklagen pendent geworden. Es sei davon auszugehen, dass es im Jahr 2023 hierzu allenfalls zu Beurteilungen von Anklagen im Bereich der COVID-Betrugskredite komme.

Wie in den Vorjahren kam es zu vereinzelt teilweisen Einstellungen; im Berichtsjahr musste wegen der Verjährung jedoch kein Fall integral eingestellt werden. Bei drohender Verjährung in Teilpunkten werden gegebenenfalls Verfahren abgetrennt, was aber nicht immer möglich sei (z.B. wenn eine Verfahrenstrennung zufolge engen Sachzusammenhangs ausscheide oder die Verjährung bereits kurz nach Anklageerhebung eintrete); im Jahr 2022 wurden keine Verfahren abgetrennt.

Beschwerden wegen Rechtsverzögerungen oder Rechtsverweigerungen gegen das Strafgericht wurden keine erhoben. In insgesamt 11 Fällen stellte das Strafgericht eine Verletzung des Beschleunigungsgebots fest, was teilweise dazu führte, dass die Strafen gemildert werden mussten.

Das Strafgericht geht für die Zukunft indessen davon aus, dass insgesamt eine Zunahme und eine Verkomplizierung der Verfahren zu erwarten sei (Stichwort: Landesverweisung; Tätigkeitsverbot). Sodann wird voraussichtlich per 01.07.2023 die sogenannte Strafraahmenharmonisierung in Kraft treten. Das Bundesamt für Justiz sei derzeit daran, den entsprechenden Bundesratsbeschluss zu erarbeiten. Dies wird für das Strafgericht ebenfalls zu einem Mehraufwand führen, da zahlreiche Bestimmungen im besonderen Teil des Strafgesetzbuchs und im Nebenstrafrecht Änderungen erfahren werden und das Strafgericht dannzumal - im Falle eines Schuldspruchs - jeweils prüfen muss, ob das ältere oder neuere Recht für die beschuldigte Person milder ist (lex mitior-Prinzip). Sodann obliegen gemäss einem jüngeren Urteil des Bundesgerichts Vollzugsentscheide im Rahmen des vorzeitigen Strafvollzugs nicht mehr der Vollzugsbehörde, sondern der Verfahrensleitung des Strafgerichts, was zu einem gewissen Mehraufwand führen werde. Eine weitere Herausforderung stelle die Bewältigung der Arbeitslast im Bereich der Justizverwaltung dar (Aufgaben des Kanzleivorstehers; Präsidiales). Hierfür sei derzeit ein juristisches Arbeitspensum mit einem Beschäftigungsgrad von 40% einkalkuliert (20% Kanzleivorsteher; 20% Präsidium). Diese Ressourcen seien aktuell und auch zur Bewältigung der künftigen Herausforderungen ungenügend.

Auch dieses Jahr war die geplante Reorganisation des Zwangsmassnahmengerichts (ZMG) ein zentrales Thema an der Visitation. Das Strafgericht begrüsst die aktuelle Teilrevision des GOG betreffend die Abspaltung des Zwangsmassnahmengerichts. Die Lösung in der Gesetzesvorlage wirke aufgrund ihres Kompromisscharakters möglicherweise etwas konstruiert. Die Gesetzesvorlage solle jedoch primär an ihrer gegebenen Praxistauglichkeit gemessen werden. Wenn das ZMG von Kantons- oder Verwaltungsrichtern wahrgenommen würde, so würde es die aktuell beim Strafgericht bestehende Ausstandsproblematik nicht mehr geben. Solange das ZMG beim Strafgericht angegliedert sei, werde diese Ausstandsproblematik bestehen. Der beim Verwaltungs- und Kantonsgericht anfallende juristische Mehraufwand soll mit der Schaffung neuer Richter/innen-Stellen kompensiert werden. Dabei biete die Schaffung neuer Stellen den Vorteil, das Zwangsmassnahmengericht mit Personen, die über das erforderliche Knowhow verfügen ("personenbezogene Lösung"), besetzt werden könne. Nebst ihrer Praxistauglichkeit sei die aktuelle Gesetzesvorlage auch ressourceneffizient, indem die betreffenden Mitglieder des Verwaltungs- und Kantonsgerichts ihre Arbeitszeit bloss variabel für das Zwangsmassnahmengericht und im übrigen Umfang für das jeweilige Gericht zur Verfügung stellen werden könne.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der Geschäftsbetrieb am Strafgericht, trotz der ausserordentlich hohen Geschäftslast, reibungslos läuft.

## **6. Kantonsgericht**

Die Zahl der Neueingänge beim Kollegialgericht des Kantonsgerichts belief sich im Jahr 2022 auf 174 (Vorjahr 2021: 189). In der Berichtsperiode konnten am Kollegialgericht des Kantonsgerichts 164 Fälle erledigt werden (Vorjahr 2021: 171), wobei die Pendenzenlast per Ende 2022 bei 243 Fällen war (Vorjahr 2021: 233). In den Einzelrichterverfahren im vereinfachten und im ordentlichen Verfahren beim Kantonsgericht betrug die Zahl der Neueingänge im Berichtsjahr

342 (Vorjahr 2021: 401). In der Einzelrichterkompetenz konnten 349 Fälle (Vorjahr 2021: 381) erledigt werden, wobei schlussendlich eine Pendenzenlast per Ende Berichtsjahr von 150 Fällen bestand (Vorjahr 2021: 157). Bei den Einzelrichtergefällen im summarischen Verfahren gab es im Berichtsjahr 2308 (Vorjahr 2021: 2288) Neueingänge, wovon 2365 (Vorjahr 2021: 2165) erledigt werden konnten. Die Pendenzenlast in den einzelrichterlichen Summarverfahren betrug per Ende 2022 370 (Vorjahr 2021: 427) und konnte damit verringert werden.

Der Personalbestand (Kantonsrichter/innen und Gerichtsschreiber/innen) für die Erledigung der eigentlichen gerichtlichen Tätigkeit (juristische und administrative Bearbeitung der Fälle) sei im Berichtsjahr – dank der Aufstockung um eine Gerichtsschreiberstelle – ausreichend bemessen gewesen. Die Gerichtsschreiberin, welche diese Stelle innehatte, sei zurzeit jedoch im Mutterschaftsurlaub (nach rund neun Monaten Tätigkeit), weshalb diesbezüglich eine Übergangslösung gefunden werden musste. Die Entlastung durch die zusätzliche Gerichtsschreiberstelle sei daher noch nicht markant, da doch die Effizienz während der Einarbeitungszeit noch vermindert sei. Die administrative Belastung des Kantonsgerichtspräsidenten sei nach wie vor als hoch einzuschätzen (Häufung der Vernehmlassungsaufgaben, Zusammenarbeit mit anderen Behörden, Umgang mit schwierigen Personen, aktuell hohe Anzahl von Neueingängen). Zwar entlastete auch die neue Kanzleivorsteherin den Präsidenten markant; zahlreiche sich stellende Aufgaben könnten jedoch nicht delegiert werden.

Laut Kantonsgericht sei aktuell beim Sekretariat in personeller Hinsicht kaum Spielraum vorhanden. Dies werde besonders augenfällig, wenn es zu ferien-, krankheits-, oder unfallbedingten Absenzen kommt. Das Sekretariat arbeite überwiegend im Tagesgeschäft und die anfallenden Arbeiten müssen regelmässig zeitnah erledigt werden, weshalb bei Absenzen die anwesenden Sekretärinnen durch Stellvertretungsarbeiten mehrbelastet seien. Bei Abwesenheiten komme es daher regelmässig zu Engpässen. Freie Kapazitäten, um zusätzliche administrative Arbeiten zu übernehmen, bestehe nicht.

Erfreulich sei jedoch die Rekrutierung und die gegenseitige Unterstützung im Bereich der Gerichtsschreiberstellen. Bei Gerichtsschreibern würde bei Neuanstellungen vorzugsweise ein Anwaltspatent verlangt werden, da dann bereits eine gewisse juristische Erfahrung vorhanden sei. Bei Personal mit Anwaltspatent funktioniere die Einarbeitung tendenziell auch schneller, als bei einer Neuanstellung im Sekretariat. Der Austausch unter den Gerichtsschreibern funktioniere hervorragend, das erleichtere die Einarbeitung natürlich auch sehr stark, wenn dieser Austausch auf hohem Niveau gewährleistet sei. Das Kantonsgericht habe sicher auch das Glück, dass sie immer eine Vielzahl von qualitativ guten Bewerbern erhalten. Das Kantonsgericht habe einen guten Ruf und sei auch geografisch gut gelegen. Aktuell sei das Kantonsgericht Zug im Bereich der Gerichtsschreiberstellen noch nicht vom Fachkräftemangel betroffen. Insgesamt gelte das Kantonsgericht und damit auch der Kanton Zug als attraktiver Arbeitgeber.

Das Arbeitsklima wurde auf allen Stufen als durchwegs gut eingestuft. Auch kontroverse Diskurse können sachlich geführt werden, was befruchtend sei.

Es gab beim Kantonsgericht – wie bereits letztes Jahr – keine längeren Bearbeitungslücken. Ab und zu habe es Bearbeitungslücken von mehr als drei Monaten (interne Ordnungsfrist) gegeben; derartige Fälle seien in der Folge aber vorgezogen behandelt worden. Das Kantonsgericht habe hier auch regelmässige Sitzungen, an denen sie dies diskutieren und sich gegenseitig mit dem Stand der Dinge in den jeweiligen Verfahren beschäftigen. Insgesamt sei das Kantonsgericht hierbei sicher gut unterwegs.

Schliesslich wurde auch beim Kantonsgericht das Thema der möglichen Angliederung des Zwangsmassnahmengerichts (ZMG) an das Kantonsgericht besprochen. Das Kantonsgericht legte grossen Wert darauf festzuhalten, dass das Zwangsmassnahmengericht (ZMG) beim Strafgericht (nicht zuletzt auch aus rechtspolitischen Überlegungen) absolut am richtigen Ort sei. Es sei aus Sicht des Kantonsgerichts systemfremd das ZMG beim Zivilgericht oder Verwaltungsgericht anzugliedern. Diese Stellen würden weder zur privatrechtlichen noch zur verwaltungsrechtlichen Rechtsprechung passen; die Materie, die vom ZMG zu beurteilen sei, sei grundsätzlich strafrechtlicher Natur, weshalb die "Ansiedlung" beim Strafgericht (weiterhin) als richtig angesehen werde. Sollte es - wie aktuell vorgesehen - zu einer "Abspaltung" des ZMG vom Strafgericht kommen, so ist das Kantonsgericht – unter der Voraussetzung, dass die Richterstellen um zwei Einheiten zu je mindestens 50 % aufgestockt werden – der Ansicht, dass die ZMG-Richter/innen nicht "aufgeteilt", sondern entweder am Verwaltungsgericht oder am Kantonsgericht angegliedert werden sollen. Eine organisatorische Aufteilung auf zwei Gerichte würde nach Ansicht des Kantonsgerichts administrativen Mehraufwand (Bürokratie) verursachen und die Koordination zwischen den ZMG-Richter/innen und den Know-how-Austausch erschweren.

Die Delegation der JPK konnte sich anlässlich der Visitation von einer ordnungsgemäss funktionierenden erstinstanzlichen Zivilrechtspflege überzeugen.

## **7. Friedensrichterämter Steinhausen und Cham**

Im Friedensrichteramt Steinhausen gingen im Berichtsjahr 2022 total 32 Fälle neu ein (2021: 39) und es konnten insgesamt 30 Fälle (Vorjahr 2021: 26) erledigt werden. Schlussendlich hatte das Friedensrichteramt Steinhausen per Ende 2022 noch eine Pendenzenlast von 8 Fällen (Vorjahr 2021: 6). Das Friedensrichteramt Cham hatte im Berichtsjahr total 56 Fallneueingänge (Vorjahr 2021: 58). Insgesamt konnten im Berichtsjahr beim Friedensrichteramt in Cham 53 Fälle erledigt werden (Vorjahr 2021: 57), am Ende des Berichtsjahres resultierte eine Pendenzenlast von 15 Fällen (Vorjahr 2021: 12).

Bei beiden visitierten Friedensrichterämtern wurden die Fälle jeweils zwischen Friedensrichter und Stellvertreter/in aufgeteilt, was bei beiden Friedensrichterämtern problemlos im Rahmen ihrer internen Organisation funktionierte.

In Steinhausen konnten im Berichtsjahr 10 Fälle mittels Vergleich, Anerkennung oder Rückzug erledigt werden und bei 20 der erledigten Fälle gab es eine Klagebewilligung. Beim Friedensrichteramt Cham gab es in 24 Fällen einen Vergleich, eine Anerkennung oder einen Rückzug, in 26 Fällen eine Klagebewilligung und in 3 Fällen einen Entscheid nach Art. 212 ZPO.

Häufig erscheinen die beklagten Parteien nicht zur Schlichtungsverhandlung, was eine Schlichtung von vornherein verunmöglicht und beide visitierten Friedensrichterämter als unkonstruktiv empfanden. Bezüglich Verfahrensdauer kann festgehalten werden, dass die gesetzlichen Fristen von Art. 203 ZPO in aller Regel eingehalten werden. Verzögerungen werden meistens von den Parteien verursacht (z.B. aufgrund von Terminverschiebungen, Sistierungen oder verzögertem Eingang des Kostenvorschusses etc.) oder weil Parteien im Ausland involviert sind, was oft etwas mehr Zeit bei der Zustellung beansprucht. Gerade wenn Parteien anwaltlich vertreten werden, nehme die Terminvereinbarung etwas mehr Zeit in Anspruch.

Die Friedensrichter/innen haben von Gesetzes wegen die Möglichkeit, bei Streitigkeiten bis zu einem Streitwert von CHF 5'000.-- den Parteien einen Urteilsvorschlag zu unterbreiten und bis



zu einem Streitwert von CHF 2'000.-- einen Entscheid zu fällen. Es gibt Friedensrichter/innen, die praktisch keine oder nur sehr wenige Urteilsvorschläge unterbreiten und auch nur selten Entscheide fällen. Andere Friedensrichter/innen dagegen machen häufiger Gebrauch davon. Sämtliche Friedensrichter sehen sich nach wie vor primär als Vermittler und nicht als Richter, da ihre Kernaufgabe die Streitschlichtung ist. Bei eindeutigen Sachverhalten scheuen sie vor Entscheiden nicht zurück. Wo immer möglich, wird entschieden oder zumindest ein Urteilsvorschlag unterbreitet. Diese Möglichkeit könne aber nur ausgeschöpft werden, wenn dies auch von der entsprechenden Partei beantragt werde. Insgesamt betonten beide visitierten Friedensrichterämter, dass sie wenn nötig immer auf die fachliche Unterstützung des Obergerichts zählen können, was von ihnen sehr geschätzt wird. Unterstützung erhalten die Friedensrichterämter auch von den Gemeinden (Sitzungsräume, Telefon, Emailadresse etc.).

Die Anzahl der erledigten Fälle verdeutlicht einmal mehr den wesentlichen und wertvollen Beitrag der Friedensrichterämter zur Wahrung des Rechtsfriedens und zur Entlastung der Zivilgerichte.

## **8.    Betreibungsämter Risch, Hünenberg und Cham**

Im Berichtsjahr war bei den Betreibungsämtern in der Regel eine erneute Zunahme der Geschäftslast festzustellen. Die Anzahl der im Berichtsjahr neu ausgestellten Zahlungsbefehle ist auf 30'163 (Vorjahr 2021: 29'173) angestiegen, liegt aber immer noch unter dem Niveau von 2019. Bei den Pfändungen ist ein Rückgang auf 8'060 zu verzeichnen (Vorjahr 9'076), dafür nahmen die Konkursandrohungen deutlich von 1'247 (Vorjahr 2021) auf 1'489 (Berichtsjahr 2022) zu. Ein Anstieg zeigte sich ebenso bei den Verwertungshandlungen, deren Zahl im Berichtsjahr 2022 auf 4'600 zunahm (Vorjahr 2021: 4'285). Ebenfalls leicht zugenommen haben die Arreste von im Vorjahr 34 auf im Berichtsjahr 39.

Insgesamt berichteten die visitierten Betreibungsämter allesamt von einer konstant bleibenden Arbeitslast gegenüber dem Vorjahr, welche gut zu bewältigen sei.

Beim visitierten Betreibungsamt Risch konnten sämtliche Betreibungsverfahren zeitgerecht erledigt werden. Das Betreibungsamt Risch berichtete davon, dass die Arbeitslast gut bewältigt werden kann und sie insbesondere durch den flexiblen Einsatz von Personal im Stundenlohn auf Schwankungen sehr gut reagieren könne. Die Organisation im Sportelsystem wurde als durchwegs positiv eingeschätzt.

Das Betreibungsamt Cham berichtete von einer Arbeitsbelastung im mittleren Bereich. Auch der Betreibungsbeamte in Cham berichtete von den positiven Effekten des Einsatzes von Personal im Stundenlohn, um Schwankungen optimal abzufedern. Er sei überzeugt, dass dies ein Vorteil des Sportelsystems sei. In den Abläufen einer öffentlichen Verwaltung seien die Prozesse für Personalanstellungen mutmasslich träger ausgestaltet. Insgesamt ging das Betreibungsamt in Cham davon aus, dass eine Zunahme der Arbeitslast stattfinde, da die Pandemie vorbei sei und die Menschen wieder mehr konsumieren würden.

Das Betreibungsamt Hünenberg ist ebenfalls im Sportelsystem organisiert und hat nebst zwei festen Angestellten (Betreibungsbeamter und Stellvertretung) ebenso zwei weitere Angestellte im Stundenlohn, welche Ferienablösungen gewährleisten und gewisse Schwankungen unter dem Jahr abfedern können. Auch im Betreibungsamt in Hünenberg konnten sämtliche Betreibungsverfahren zielgerecht erledigt werden. Der Betreibungsbeamte in Hünenberg berichtete davon, dass seit seinem Amtsantritt im Jahr 2014 sich die Betreibungszahlen konstant im Bereich von

2000 jährlichen Betreibungen in Hünenberg belaufe, wobei die Schwankungen stets im Bereich von +/- 10% liegen würden. Er gehe deshalb auch für das laufende Jahr von dieser konstanten Anzahl Betreibungen aus, was bis zum Zeitpunkt der Visitation anhin auch der Fall sei.

Als Herausforderung für die Zukunft berichteten sämtliche visitierten Betreibungsämter davon, dass mit den digitalen Fortschritten Schritt zu halten sei und auch stets eine Verbesserung der Arbeitsabläufe geprüft werde.

Bei den visitierten Betreibungsämtern verlief die Inspektion des Obergerichts problemlos und es kam bei keinem der visitierten Betreibungsämter zu irgendwelchen Beanstandungen.

Glücklicherweise war in der Berichtsperiode keiner der visitierten Betreibungsbeamten mit Drohungen konfrontiert.

Die Delegation der erw. JPK konnte anlässlich der Visitation beider Betreibungsämter einen positiven, kompetenten und engagierten Eindruck der drei Amtsleiter gewinnen.

## **9. Aufsichtsbehörde über die Rechtsanwälte**

Die Aufsichtsbehörde über die Rechtsanwälte hatte im Berichtsjahr total 4 Fallneueingänge im Bereich der Disziplinarverfahren. Seit der letzten Visitation im Jahr 2019 ist dies die tiefste Anzahl der Fallneueingänge (2019: 13 Eingänge; 2020: 16 Eingänge; 2021: 16 Eingänge). Die Anzahl der Fallneueingänge variiert sehr stark, wobei auch der Aufwand zur Bearbeitung eines Falles sehr grosse Unterschiede aufweisen.

Insgesamt konnten im Berichtsjahr 9 Fälle erledigt werden (Vorjahr: 14). Zwei der Fälle wurden mit einer Disziplinar massnahme (Vorjahr 2021: 7) erledigt, bei vier Fällen gab es eine Nichtanhandnahme (Vorjahr 2021: 6) und in drei Fällen (Vorjahr 2021: 3) wurde das Verfahren eingestellt. Von den neun im Jahr 2022 erledigten Disziplinarverfahren wurden drei Entscheide an die II. Beschwerdeabteilung des Obergerichts weiterzogen, welche die Beschwerden abwies. Zwei Entscheide wurden ans Bundesgericht weitergezogen; die Entscheide des Bundesgerichts sind noch ausstehend.

Insgesamt kommt es immer wieder vor, dass gewisse Fälle über längere Zeit sistiert sind und nicht erledigt werden können, zumal zuerst der Ausgang eines hängigen Strafverfahrens abgewartet werden muss. Per Stichtag 31.12.2022 waren drei Disziplinarverfahren bei der Aufsichtskommission infolge einer hängigen Strafuntersuchung sistiert.

Im Berichtsjahr wurden wie bereits erwähnt zwei Disziplinar massnahmen ausgesprochen. Konkret waren dies eine Busse von CHF 4'000.00 und ein befristetes Berufsausübungsverbot von vier Monaten. Dabei handelt es sich um eine verhältnismässig hohe Busse und ein langes Berufsausübungsverbot. Die Berufsausübungsverbote sind harte Sanktionen. Diese werden nur nach mehrfachen oder gravierenden Verfehlungen verhängt. Beide Sanktionen betrafen vorliegend den gleichen Anwalt. Im Vergleich mit den Vorjahren ist das im Rahmen. Die Tendenz der Fälle ist insgesamt noch immer steigend, da es auch immer mehr Anwälte gibt. Die meisten Verfahren kommen mittels Anzeigen ins Rollen. Bei Anzeigen an die Aufsichtskommission gibt es eine erste Sichtung durch die Präsidentin. Es wird geprüft, ob ein Verfahren zu eröffnen ist. Manchmal gibt es direkt einen Nichteintretensentscheid, wenn entweder

kein aufsichtsrechtlicher Sachverhalt vorliegt oder offensichtlich kein Tatbestand gemäss BGFA bzw. BeurkG erfüllt ist.

Die durchschnittliche Verfahrensdauer von Disziplinarverfahren betrug im Berichtsjahr 6.5 Monate für diejenigen Verfahren, welche nicht wegen einer Strafuntersuchung sistiert war. Die Kommission setze keine konkreten schriftlichen Ziele fest, wobei jedoch das oberste Ziel sei, die Verfahren so beförderlich wie möglich zu behandeln.

Das Arbeitsklima innerhalb der Aufsichtskommission über die Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte wird als sehr gut beschrieben.

Die Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte nimmt ihre Aufgaben ordnungsgemäss wahr.

## **10. Anwaltsprüfungskommission**

Bei der Anwaltsprüfungskommission entwickelten sich die Anzahl der Anmeldungen seit der letzten Visitation im Jahr 2019 sehr schwankend. Nachdem in den Jahren 2016 bis und mit 2019 durchschnittlich 39 Personen zur Anwaltsprüfung zugelassen worden waren, verringerte sich diese Zahl während der Covid-Pandemie (Jahre 2020 und 2021) auf 31 bzw. 32, was wohl auch der Grund dafür sein dürfte, dass in den Jahren 2021 und 2022 derart wenige Anwaltspatente und Fähigkeitsausweise erteilt wurde. Im Berichtsjahr erhöhte sich die Zahl der Zulassungen zur Anwaltsprüfung überdurchschnittlich auf 46.

Weiter erhöhte sich die Durchfallquote seit der letzten Visitation um über 16%, so betrug die Durchfallquote im Jahr 2022 46.5% (2019: 30%; 2020: 43%; 2021: 48.5%). Im kantonalen Vergleich ist diese Quote nicht aussergewöhnlich hoch. Aber die Prüfungsmodalitäten sind kantonal auch sehr unterschiedlich.

Im Berichtsjahr 2022 erteilte die Anwaltsprüfungskommission insgesamt 16 Patente (2019: 26; 2020: 24; 2021: 16). Insgesamt gab es im Berichtsjahr 14 Abweisungen (2019: 11; 2020: 18; 2021: 15). Die Akzeptanz der Entscheide der Anwaltsprüfungskommission ist noch immer sehr hoch. Seit Mai 2019 behandelte die II. Beschwerdeabteilung des Obergerichts insgesamt 4 Beschwerden. Dabei wurde eine Beschwerde gutgeheissen und eine Beschwerde abgewiesen. In den beiden übrigen Beschwerdeverfahren wurden die Beschwerden zurückgezogen. Bei den mündlichen Prüfungen wird eine Tonaufnahme gemacht, die bei einer Beschwerde jeweils verschriftlicht werden muss. Wenn die Kandidaten dann ihre Antworten im Protokoll lesen, zeigen sie sich dann oftmals einsichtig, weshalb eine ungenügende Note resultierte.

Aktuell stehen im Kanton Zug ausreichend Praktikumsplätze zur Verfügung. Bei den Gerichten und den kantonalen Behörden stehen insgesamt 12 Praktikumsplätze zur Verfügung, was in der Regel ausreichend ist; zurzeit beträgt die Wartefristen allerdings rund 1 Jahr. Eine Liste mit aktuellen Stellenangeboten für Praktika bei Zuger Anwaltskanzleien findet sich auf der Webseite des Advokatenvereins des Kantons Zug.

In den 4 Jahren, die seit der letzten Visitation der JPK verstrichen sind, kam es hinsichtlich der Anwaltsprüfung und der Tätigkeit der Kommission zu einigen Änderungen und Neuerungen. Dazu gehören unter anderem die Totalrevision der Anwaltsprüfungsverordnung vom 12. November 2021 (namentlich Neuregelung der Eignungsprüfung gemäss Art. 31 BGFA und des Gesprächs zur Prüfung der beruflichen Fähigkeiten gemäss Art. 30 Abs. 1 lit. b Ziff. 2 BGFA

sowie weitere [eher geringfügige] inhaltliche und redaktionelle Änderungen). Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass die schriftlichen Prüfungen im Kanton Zug seit November 2022 komplett anonymisiert sind, d.h. die Kommissionsmitglieder jeweils nicht wissen, welche Person die zu beurteilende Prüfung abgelegt hat, jeder Kandidat hat eine ihm zugeteilte Nummer.

Schliesslich wies die Kommission darauf hin, dass falls die Zahl der Zulassung zur Anwaltsprüfung weiter steigt, die Kommission Lösungen zur Bewältigung dieser Situation suchen müssen wird. Möglich wäre beispielsweise, einen zusätzlichen Prüfungstermin pro Jahr anzubieten. Dies wäre allerdings mit grossem Aufwand verbunden und es scheint fraglich, ob die aktuellen personellen Ressourcen dafür ausreichen würden.

Zusammenfassend nimmt die Anwaltsprüfungskommission ihre Aufgaben ordnungsgemäss wahr.

## **11. Obergericht**

Die Anzahl der Neueingänge in der I. Zivilabteilung des Obergerichts sind im Berichtsjahr auf 27 Fälle zurückgegangen (2021: 37, 2020: 46; 2019: 36). Die Neueingänge sind in dieser Abteilung seit Jahren aus unerklärlichen Gründen relativ starken Schwankungen unterworfen. Dass die Neueingänge im Jahr 2022 einen absoluten Tiefststand erreicht haben, mag wohl damit zusammenhängen, dass die Zahl der Erledigungen beim Kantonsgericht (Kollegialgericht) bereits im Jahr 2021 rückläufig war und im Jahr 2022 ebenfalls auf einen Tiefststand seit Inkrafttreten der ZPO zurückging. In der II. Zivilabteilung nahm die Anzahl der Neueingänge im Vergleich zu den Vorjahren stark zu (2022: 88; 2021: 57; 2020: 63). Die zusätzliche Arbeitslast konnte bewältigt werden, weil 19 Fälle sehr ähnlich gelagert waren und weil entsprechender Arbeitseinsatz geleistet wurde. Die Pendenzen waren per Stichtag 31.12.2022 auf 38 Fällen (Vorjahr 2021: 23). Die Eingänge in der Strafabteilung stieg nach einigen konstanten Jahren auf 64 Neueingänge an (2021: 44; 2020: 42; 2019: 43; 2018: 41). Während die I. Beschwerdeabteilung (Beschwerden in Strafsachen) gegenüber dem Vorjahr eine gleichbleibende Anzahl von Fallneueingängen zu verzeichnen hatte (2022: 108; 2021: 108; 2020: 96), gingen im Vergleich zu den Vorjahren in der II. Beschwerdeabteilung (Beschwerden in Zivilsachen und nach SchKG) merklich mehr Fälle ein (2022: 131; 2021: 93; 2020: 94). Die Schwankungen der Falleingänge in den einzelnen Abteilungen können nicht konkret begründet werden, diese Schwankungen bestehen bereits seit Jahren und betreffen immer wieder eine andere Abteilung.

Die Verfahren werden in aller Regel zeitgerecht erledigt. Für längere Verfahrensdauern sind regelmässig externe, nicht beeinflussbare Faktoren (Schwierigkeiten bei der Zustellung insbesondere ins Ausland, Sistierungen, Rechtsmittel gegen Zwischenverfügungen etc.) verantwortlich. Es sind auch im vergangenen Jahr erfreulicherweise keine Beschwerden wegen Rechtsverweigerung oder -verzögerung gegen das Obergericht erhoben worden.

Die Arbeitsbelastung der Richter sowie Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber ist nach wie vor hoch. Durch Ausgleichungen zwischen den Abteilungen und den Einsatz einer Springerin konnte und kann die Arbeitslast bewältigt werden. Bei den Mitarbeiterinnen des Sekretariats und der Gerichtskasse gibt es naturgemäss gewisse Schwankungen. Indessen ist auch in diesen Bereichen die Arbeitsbelastung als konstant hoch anzusehen. Das Vorgehen, wenn man zusätzliches Personal braucht, erscheint dem Obergericht aktuell recht schwerfällig. Aufgrund der auch in Zukunft auftretenden Schwankungen

in der Geschäftslast sollte man aus Sicht des Obergerichts kurzfristig mit vorerst temporären Stellen reagieren können, wie es aktuell beim Strafgericht und Kantonsgericht gemacht wurde. Das Obergericht ist bestrebt, hier für die Zukunft einen Lösungsvorschlag auszuarbeiten, so z.B. wieder eine Art im Voraus bewilligten Personalplafond zu beantragen, aus welchem dann bei Bedarf kurzfristig personelle Ressourcen zeitgerecht am richtigen Ort eingesetzt werden können. So könnten auch die starken Schwankungen in den Abteilungen bei den Fallneueingängen optimaler abgedeckt werden.

Trotz der permanent hohen Arbeitsbelastung wird das Arbeitsklima beim Obergericht in allen Bereichen des Gerichts als sehr gut beschrieben. Als gutes Zeichen wertet das Obergericht auch, dass Homeoffice grundsätzlich weiterhin in einem gewissen Rahmen und unter bestimmten Voraussetzungen möglich wäre. Im Moment arbeiten jedoch alle Mitarbeitenden im Zeughaus, verzichten also auf mobil-flexibles Arbeiten. Diese persönliche Präsenz der Mitarbeitenden wird als gutes Zeichen gewertet.

Die Mitglieder des Obergerichts führen jährlich Inspektionen von ihnen unterstellten Behörden durch. Diese Inspektionen seien durchaus eine interessante Abwechslung zur Rechtsprechung und der direkte Austausch wird beidseits in der Regel auch geschätzt. Andererseits erfordert diese Führungsaufgabe regelmässig auch einen beträchtlichen Zeitaufwand. Auch mit Bezug auf das Berichtsjahr 2022 verliefen die Inspektionen beim Kantonsgericht, Strafgericht, der Staatsanwaltschaft, dem Konkursamt und bei den Schlichtungsbehörden (Arbeitsrecht sowie Miet- und Pachtrecht) sowie bei den gemeindlichen Betreibungsämtern sowie den Friedensrichterämtern Unterägeri, Oberägeri, Neuheim und Zug in einer sachlich-konstruktiven Art und Weise und zugleich im Rahmen einer angenehmen Atmosphäre. Bei den Inspektionen der Friedensrichterämter kommt oftmals die bereits altbekannte Diskussion auf, wie effizient die Friedensrichterämter organisiert sind. Man hat sich vor ein paar Jahren für das System in den Gemeinden entschieden. Die Routine fehlt infolge der geringen Fallzahlen eines einzelnen Friedensrichters teilweise, aber insgesamt funktioniert das System gut. Die ganz kleinen Friedensrichterämter sind oftmals in Gemeinden, wo auch nicht die komplexesten Fälle Eingang finden. Wenn aber dort ein komplexer oder grösserer Fall eingeht, können die einzelnen Friedensrichterämter über einen hierfür bestimmten Gerichtsschreiber auf "juristische Expertise" zurückgreifen. Schlussendlich sei es jedoch aber eine politische Frage, wie man die Friedensrichterämter organisieren will.

Erfreulicherweise gab es im Berichtsjahr keine Drohungen gegen das Obergericht oder die einzelnen Mitglieder zu verzeichnen. Indessen gibt es - wie auch bereits in den vergangenen Jahren - immer wieder gewisse Personen, welche sich in spezieller Weise an die Behörden wenden, allenfalls auch mit angedeuteten Drohungen. Teilweise gibt es Eingaben, die etwas skurril sind, wie beispielsweise von sogenannten Reichsbürgern und Staatsverweigerern. Die Betreibungsämter haben sicher zunehmend solche Eingaben festgestellt oder auch bei der Gerichtskasse sind solche anzutreffen. Seitens der Gerichte werden solche Verfahren «normal», d.h. wie andere Fälle bearbeitet.

Die nächste Herausforderung stellt für das Obergericht eine geordnete Neubesetzung der Gerichte mit fähigen Personen in einem Jahr dar. Dabei geht es vor allem auch darum, an allen Gerichten Teilämter zu ermöglichen. Mit Bezug auf diese Thematik wird nach Ansicht des Obergerichts vor allem die Politik gefordert sein. Die Ermöglichung von Teilzeitrichterstellen ist aus Sicht des Obergerichts sehr wichtig. Das Ziel sei es, dass jedes Gericht mindestens ein Teilamt haben wird. Für das Obergericht werden sogar drei Teilämter beantragt. Der Kanton Zug sei der einzige Kanton, der noch kein Teilamt bei den Richterstellen hat. Es gibt Kantone, die sogar mehr Teilämter als Vollämter haben. Auf Stufe der Gerichtsschreiber ist Teilzeitarbeit ohne Weiteres und schon länger möglich.

Sodann wird uns in den nächsten Jahren auch die Digitalisierung und insbesondere das Projekt Justitia 4.0 vermehrt beschäftigen. Obwohl die entsprechende Zielsetzung seit Jahren bekannt und im Grundsatz unbestritten erscheint, stehen dem erfolgreichen Fortgang dieses Projekts nach wie vor

gewisse Hürden im Weg (mitbestimmender Föderalismus mit verschiedenen Ansichten, Denkweisen und auch Standards). Die Zuger Zivil- und Strafrechtspflege hat sich entschieden, hier den vom Projektausschuss bis anhin eingeschlagenen Weg weiterhin vertrauensvoll mitzugehen, im Wissen darum, dass der vorgesehene digitale Wandel ein Prozess ist, welcher nebst personellen Ressourcen (aktuell vor allem auf Stufe Projektteam) vor allem Zeit und Zuversicht braucht. Mit einer Einführung ist aufgrund der aktuellsten Einschätzungen wohl nicht vor dem Jahr 2027 zu rechnen.

Die Berichterstattung des Obergerichts erfolgte wie schon in den Jahren zuvor detailliert und transparent. Die höchstrichterliche Rechtsprechung im Zivil- und Strafrecht im Kanton funktioniert der Wahrnehmung der erw. JPK nach einwandfrei. Der Führungswechsel am Obergericht konnte im Berichtsjahr problemlos abgeschlossen werden und die Übergabe an den neuen Obergerichtspräsidenten konnte über eine längere Zeitspanne aufgeteilt werden. Der Obergerichtspräsident und sämtliche Mitglieder des Obergerichts leisten einen wertvollen Dienst und es ist ihnen für diese herausfordernde Aufgabe weiterhin viel Erfolg, Ausdauervermögen und Freude zu wünschen.

## **12. AJV**

Die Arbeitsbelastung beim Vollzugs- und Bewährungsdienst (VBD) hat sich im Berichtsjahr verbessert. Doch aufgrund des eher jungen Teams und der entsprechend erforderlichen Einarbeitung war die Arbeitsbelastung grundsätzlich hoch. Die Arbeitsbelastung in der Strafanstalt ist konstant hoch geblieben, jedoch gut zu bewältigen sei. Aktuell seien alle Stellen besetzt und das Arbeitsklima wird als gut bis sehr gut beschrieben.

Beim Vollzugs- und Bewährungsdienst gab es im Berichtsjahr 1077 Eingänge im Bereich der Freiheitsstrafen (Vorjahr 2021: 993) und insgesamt 1071 Abschlüsse von Freiheitsstrafen. Es gab insgesamt keine Eingänge von stationären Massnahmen (im Vorjahr: 1), hingegen 3 Abschlüsse von stationären Massnahmen, was genau im Vorjahresvergleich liegt. Die Anzahl der zu vollziehenden Sanktionen (Freiheitsstrafen, Massnahmen) ist jedoch komplett ausserhalb des Machtbereichs des Amts für Justizvollzug, da diese von den Gerichten und der Staatsanwaltschaft angeordnet werden. Die Schwankungen sind jedoch mit den Vorjahren vergleichbar. Es wurden fünf Electronic-Monitoring (EM) Frontdoor-Vollzüge (für kurze Strafen) bewilligt. Die Vollzüge mittels EM sind somit nach wie vor tief, jedoch ist gegenüber dem Vorjahr (4) eine Zunahme zu verzeichnen. Einer der Hauptgründe für den Vollzug mittels EM ist die Kosteneinsparung.

Die Anzahl von Disziplinierungen ist im Gegensatz zum Vorjahr stark angestiegen (2022: 36; 2021: 17), obwohl der Strafvollzug im Vergleich zum Vorjahr prozentual knapp 20 Prozent tiefer besetzt war. Die Gründe hierfür waren insbesondere, dass sich die Insassenpopulation vermehrt aus Personen mit einer bestehenden Drogenproblematik zusammensetzte. Entsprechend gross war der Suchtdruck bei den Suchtinhaftierten und damit verbunden auch der Drogenkonsum und in der Konsequenz dann auch die Sanktionierungen. Die Auslastung der Anstalt habe nur sehr beschränkt einen Zusammenhang mit der Anzahl der Sanktionierungen.

Der Vollzug der Administrativhaft findet seit dem Berichtsjahr nun im Zentrum für ausländerrechtliche Administrativhaft (ZAA) beim Flughafen Zürich statt. Die bisherige Administrativhaftabteilung wurde in der Berichtsperiode deshalb neu für den Vollzug von Kurzstrafen sowie für spezielle Vollzugsfälle genutzt. Damit erhielt man mehr Spielraum im Vollzug und kann intern bei Problemen mit Versetzungen reagieren, was die Vollzugsbehörde entlastet.

Weiter wird seit der Berichtsperiode neu für den Bereich der Untersuchungshaft das Programm «Bildung für Strafvollzug» auch angeboten und rege genutzt. Dies wertet den doch sehr tristen Alltag auf der Untersuchungshaftabteilung auf. Im Vollzug gab es dieses Angebot bereits seit längerer Zeit, weshalb für das Angebot im Bereich der Untersuchungshaft keine neuen personellen Ressourcen benötigt werden.

Zukünftig wird das Amt für Justizvollzug sicher vermehrt in Digitalisierungsprojekte involviert sein und die Harmonisierung im Justizvollzug (z.B. Projekt Horizont) wird zukünftig einen gewissen Stellenwert einnehmen.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass das Amt für Justizvollzug dem sehr anspruchsvollen und dynamischen Wirkungsfeld ordnungsgemäss und engagiert gerecht wird.

### **13. Antrag**

Die Justizprüfungskommission beantragt Ihnen einstimmig mit 10 zu 0 Stimmen,

- den Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2022 zu genehmigen;
- den Richterinnen und Richtern, den Behördenmitgliedern sowie allen Mitarbeitenden der Zivil- und Strafrechtspflege und des Amtes für Justizvollzug den besten Dank für die geleistete Arbeit und den engagierten Einsatz auszusprechen;

Zug, 31. Mai 2023

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Im Namen der erweiterten Justizprüfungskommission

Der Präsident: Thomas Werner